

Marktgemeinde St. Andrä-Wördern
z.Hd. Frau Bürgermeisterin Susanna Kittinger und
Herrn Vizebürgermeister Rudolf Hammer
Altgasse 30
3423 Wördern
Per Email: post@staw.at

Wien, am 25.03.2026

Betreff: Badesiedlung Greifenstein-Altenberg – Protokoll der Besprechung vom 24.03.2026 am Gemeindeamt St. Andrä-Wördern

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Vizebürgermeister,

Von unserer gestrigen Besprechung am Gemeindeamt, für die ich, auch im Namen der Vereine IGM, KGV, Plattform Naturjuwel Altarm, Saubere Badesiedlung und Nein zur Straßenverbreiterung nochmals herzlich danke, erlaube ich mir festzuhalten:

TeilnehmerInnen:

- Susanna Kittinger, Bürgermeisterin
- Rudolf Hammer, Vizebürgermeister
- Peter Ohnewas, Amtsleiter
- Dagmar Pertl, Stv. Amtsleiterin
- Michael Mendel, Rechtsanwalt, Kanzlei ONZ & Partner
- Wolfgang Spatz, IGM
- Stefan Gaal, IGM
- Waltraud Polan, KGV
- Rudolf Polan, KGV
- Ulrike Fischer, Gemeinderätin, Verein Nein zur Straßenverbreiterung
- Alexander Klauser, Verein Nein zur Straßenverbreiterung

Eingangs brachte die Bürgermeisterin angesichts der von den Vereinen mehrfach betonten Gesprächsbereitschaft ihre Irritation über die Ankündigung einer Versammlung vor der Gemeinderatssitzung zum Ausdruck. Alexander Klauser legte dar, dass die BewohnerInnen und Freunde der Badesiedlung von der geplanten Straßenverbreiterung in derart hohem Ausmaß betroffen und verunsichert sind, dass seitens der Menschen ein großes Bedürfnis nach Information und politischer Teilhabe und eben auch an einer friedlichen Kundgebung besteht. Das Versammlungsgesetz schreibt vor, dass Kundgebungen der Bezirkshauptmannschaft bekanntzugeben sind, daher die Versammlungsanzeige. Dies ändere jedoch nichts an der unverändert aufrechten Gesprächsbereitschaft aller Vereine.

Rechtsanwalt Michael Mendel legte sodann detailliert dar, warum die geplanten Änderungen des Flächenwidmungsplans und des Bebauungsplans durchaus nicht geringfügig sind, warum eine mit 6 m dimensionierte Breite von Verkehrsflächen in einem Gebiet wie der Badesiedlung, in dem die Mehrzahl der Bauplätze bebaut ist, gesetzlich niemals vorgeschrieben war und nach wie vor nicht ist, und warum die Umwidmung von Flächen, die derzeit "Bauland" sind, in "Verkehrsflächen" die Gemeinde in bestimmten Situationen dazu zwingen könnte, Abbruch-Aufträge betreffend Einfriedungen zu erlassen, wollte sie nicht in den Verdacht eines Amtsmissbrauchs geraten.

Rudolf Polan äußerte aus verkehrsplanerischer Sicht Verständnis dafür, dass zwar einzelne Straßenzüge oder Kreuzungen verbreitert werden, nicht jedoch - wie derzeit vorgesehen - flächendeckend alle Wege in der gesamten Badesiedlung. Das aus den 1990-er Jahren stammende, 6 m breite Verkehrsflächen vorsehende Konzept sei heute, angesichts der

seither eingetretenen signifikanten ökologischen und ökonomischen Veränderungen einfach nicht mehr zeitgemäß.

Waltraud Polan verwies darauf, dass von den in Rede stehenden ca. 9000 m² auch **große Flächen** betroffen wären, die derzeit vom Generalpachtvertrag des Zentralverbands der Kleingärtner und Siedler Österreichs umfasst sind, und dem Verband bei einer Umwidmung in "Verkehrsflächen" daher hohe Einnahmen aus der Unterverpachtung entgehen würden.

Alexander Klauser wies darauf hin, dass die Gemeinde jene Streifen entlang der Grundstücksgrenzen, die bereits jetzt im öffentlichen Gut sind und auf denen sich seit Jahrzehnten Zäune und Hecken befinden, an die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke zwar unbefristet verpachtet, dies jedoch mit einem jederzeit geltend zu machenden dreimonatigen Kündigungsrecht, sodass für die BewohnerInnen schon derzeit kein nachhaltiger Schutz davor bestehe, dass Zäune und Hecken geschleift werden müssten, wenn die Gemeinde dies verlangte. Wenn diese Flächen nun auch noch als "Verkehrsfläche" gewidmet würden, würde dies die Gefahr eines Abbruch-Auftrags für die BewohnerInnen der Badesiedlung zusätzlich verschärfen, zumal die Gemeinde schon jetzt anlässlich jeder Baubewilligung das "Zurückrücken" der Einfriedung verlangt.

Ulrike Fischer verwies auf den Umstand, dass bei einer Widmung des öffentlichen Guts als "Verkehrsfläche" die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Verpachtung wegfiel und nur mehr eine entgeltliche Überlassung nach dem Gebrauchsabgabengesetz in Frage käme.


Die Bürgermeisterin legte dar, dass der aktuelle Gemeindevorstand das Problem des Auseinanderklaffens der in der DKM eingezeichneten Grundstücksgrenzen einerseits und der Flächenwidmung andererseits von seinen Vorgängern "geerbt" habe, und dass es der Gemeinde ein Anliegen sei, nun endlich "Ordnung zu schaffen." Eine schriftliche Stellungnahme des Landes liege bis dato zwar nicht vor. Ob die Punkte "54. Änderung des Flächenwidmungsplans" und "62. Änderung des Bebauungsplans" auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 26.03.2026 belassen oder doch noch heruntergenommen werden, werde sie mit ihren KollegInnen vom Gemeindevorstand besprechen.

Abschließend ersuchte Alexander Klauser die GemeindevertreterInnen darum, den selbst auferlegten Zeitdruck heraus- und die geplanten **Änderungen** von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung herunterzunehmen, und betonte nochmals, dass gerade die schmalen Wege nicht nur den besonderen Charakter des Ortsbilds in der Badesiedlung ausmachen, sondern vor allem Autofahrer dazu zwingen, "auf halbe Sicht" und somit sehr langsam zu fahren. Dies sei ein wirksamer Garant nicht nur für Natur- und Lärmschutz, sondern vor allem für die Sicherheit von Leib und Leben von RadfahrerInnen, FußgängerInnen, Kindern und Tieren. Dieser Zustand möge nicht geopfert werden.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ich ersuche Sie um Ihre geschätzte Mitteilung, ob Sie mit meinem Protokoll konform gehen.

Namens aller Vereine ersuche ich **abschließend** nochmals um eine "Nachdenkpause" und bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine rechtskonforme, zukunftsorientierte und nachhaltige Lösung finden können. Die Bereitschaft aller Vereine, welche die Interessen der BewohnerInnen und Freunde der Badesiedlung Greifenstein-Altenberg vertreten, zum Gespräch mit Ihnen und Ihren KollegInnen und die Bitte um **Berücksichtigung** der Anliegen der Menschen in der Badesiedlung Greifenstein-Altenberg bleiben jedenfalls ungebrochen aufrecht.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Klauser